

Versorgung

Nachhaltigkeit muss nicht nur in der Energiediskussion Einzug halten, sondern bei allen Verbrauchsthemen, ob bei Energie, Wasser, Landschaft, Luft und Rohstoffen. Man kann durchaus die derzeitige Geschwindigkeit der technischen Entwicklung in Frage stellen. Sinnvoller wäre es, als Ziel zu verfolgen, dass in spätestens 100 Jahren alle Menschen unter gleichen Bedingungen leben und daraus ableiten, wie wir jetzt und bis dahin mit den Ressourcen sparsam umgehen müssen, um das zu ermöglichen. Ein menschenwürdiges, auskömmliches Leben für alle weltweit muss vorrangig angestrebt werden, auch wenn der technische „Fortschritt“ dadurch ein wenig ausgebremst wird.

Eine Mülltrennung und Wertstoffhöfe sind unzumutbar für Ältere und Schwache und für arme ohne ausreichenden Platz und Transportmittel. Die Entsorgung ist wohnungsnah ohne körperlichen Aufwand sicherzustellen. Es muss eine Rücknahmeverpflichtung für alle Waren und Verpackungen geben.

Konsumgüter- und Verpackungsrücknahme muss ohne Einschränkungen durch den Hersteller erfolgen mit nachhaltiger Absicherung durch alle Beteiligten in der Vertriebskette.

Kernenergie ist in keiner Weise nachhaltig, das sind nur die Sonne direkt und indirekt mit Wärmepumpen, Wind und Wasser. Aber das gilt grundsätzlich auch nur dann, wenn man auf großindustrielle Umsetzung verzichtet. Nur durch verteilte Erzeugung kann Landschaftsverbrauch vermieden und eine große Ausfallsicherheit erreicht werden.

Wenn ein Windkrafttraktor umstürzt, das zu nah an eine Straße oder ein Gebäude angrenzt, was leider allzu oft der Fall ist, kann es zu einem schweren Unfall kommen, was sich planerisch vermeiden ließe. Wenn ein Kernkraftwerk außer Kontrolle gerät, dann sind ganze Landstriche auf Jahrzehntausende unbewohnbar und unmittelbar Millionen Menschen von Tod oder Siechtum bedroht.

CO₂ gehört zum natürlichen Kreislauf auf der Erde, es bleibt ein „leicht“ zu beeinflussender natürlicher Kreislauf, wenn man es ernsthaft will.

Aber die künstliche, gerade seit 50 Jahren genutzte Kernspaltung mit ihrer die natürliche mehrfach übersteigenden Radioaktivität, bleibt uns auch nach Ende der Nutzung noch Jahrzehntausende als Last erhalten mit unabsehbaren Folgen für Pflanzen, Tiere und Menschen. Ganz abgesehen davon, dass die Möglichkeiten für Zwischen- und Endlagerung noch gar nicht existieren, wir also noch gar keinen „sicheren“ Zustand mit Erfahrungswerten haben.

Der Atomausstieg könnte beschleunigt werden durch eine Ergänzung des Vertrages mit einer Kostenkomponente in Form einer Subventionsrückerstattung, die bei vorzeitiger Abschaltung eines Werkes erlassen wird. Alle staatlichen Zuschüsse, die jemals im Zusammenhang mit dem jeweiligen Werk gezahlt wurden, einschließlich Abgabenerlasse, sind in progressiv steigenden Raten zwischen 2010 und spätestens 2030

zurückzuerstatten längstens bis zum Zeitpunkt der Abschaltung, dann wird der Rest erlassen.

Das Abschalten muss sich für die nur betriebswirtschaftlich kalkulierenden Betreiber "lohnen" und es wird rückwirkend endlich eine echte Kostenrechnung veranlasst.

Für Wege und Netze sollte mindestens eine Grundversorgung staatlich sein, das gilt für Kraftwerke, Wasserwerke, Gaswerke, Schienen, Straßen, Wasserwege, Luftverkehr, Tele- und Datennetze und Sendeeinrichtungen. Die Grundversorgung muss durch den Staat sichergestellt werden, zum einen finanziell, aber im Notfall auch materiell. Nur darüber hinausgehender Komfort kann der privaten Marktwirtschaft überlassen werden.

Die beliebige Verfügbarkeit von Auto und Energie haben zur Flächensiedlung geführt. Die Versorgung ist zentralisiert, das Leben dezentralisiert. Sinnvoll wäre, diesen Trend wieder umzukehren, das Leben und Wohnen und Arbeiten sollte bei minimalem Flächenverbrauch in zentralen Schwerpunkten organisiert sein, die Versorgung sollte möglichst dezentral realisiert werden. Nur so ist eine gerechte und gleiche Versorgung der gesamten Menschheit vorstellbar.

Abhängigkeit bei Öl, Gas, Uran und anderen Ressourcen von nicht demokratischen Regierungen macht erpressbar. Allein deshalb, und nicht nur wegen der begrenzten Vorräte, ist aus politischen Gründen möglichst bald der Umstieg auf erneuerbare, dezentrale Energien anzustreben.